

Herbstsession 2008

Durch die plötzliche, schwere Erkrankung von Bundesrat Hansruedi Merz traten die Parlamentsgeschäfte medial in den Hintergrund. Bundesrat Samuel musste zusehen, wie seinem Rüstungsprogramm die Zustimmung verwehrt wurde. Und schliesslich kamen in einer dringlichen Sitzung über die Strompreise die Elektrizitätswerke unter Beschuss.

Glück im Unglück für Bundesrat Merz

Die Nachricht über die akute Herzkrankheit von Bundesrat Hansruedi Merz lieferte auch im Bundeshaus und im Parlament viel Gesprächsstoff und löste Spekulationen aus. Gross war dementsprechend die Erleichterung, als nach der erfolgreichen Operation im Inselspital die behandelnden Aerzte mit guten Nachrichten an die Oeffentlichkeit gelangten. Und noch vor Ablauf der Session wurde bekannt, dass unser Finanzminister nach einer mehrwöchigen Erholungsphase wieder an das Schaltpult der eidgenössischen Finanzpolitik zurückkehren werde. Damit sind auch die Spekulationen über einen allfälligen Rücktritt von seinem Amt verstummt. Diese waren am Anfang seiner schweren Erkrankung aufgekommen und haben ausgiebig Anlass zu Diskussionen über allfällige Mehrfachvakancen im Bundesrat geliefert. Mit mir hoffen viele Bürgerinnen und Bürger, dass sich Hansruedi Merz gut erholt und ganz genesen an sein Bundesratspult zurückkehrt. Angesichts der in Schieflage geratenen Finanzwelt hat die Eidgenossenschaft einen besonnenen Finanzminister nötig. Während der Session vertrat Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf als stellvertretende Finanzministerin die aktuellen Finanzgeschäfte in den Parlamentsdebatten. Sie überzeugte dabei mit guter Sachkompetenz und ruhigem Auftreten.

Rüstungsprogramm 2008 nicht mehrheitsfähig

In einer langen und emotional geführten Debatte hat der Nationalrat über das Rüstungsprogramm 2008 diskutiert. Dieses kostet 917 Millionen Franken und beinhaltet folgende Teile: Die Nachrüstung von 33 Stück F/A -18 Kampffjets für 404 Millionen, 397 Millionen für gepanzerte Mannschaftsfahrzeuge, produziert von der Firma Mowag in Kreuzlingen, sowie 116 Millionen für die Beschaffung von 24 ABC Aufklärungsfahrzeugen. Die Fronten waren zum Voraus abgesteckt. Die SP lehnt die Nachrüstung der Flugzeuge ab; die Grünen fordern ein generelles Rüstungsmoratorium, die SVP wollen das Geschäft an den Bundesrat zurückweisen und fordern vorerst einen Bericht zur Lösung der Probleme in der Armee. Nur FDP und CVP bejahen das Rüstungsprogramm. Damit sind die Mehrheitsverhältnisse klar. Mit 104 : 83 Stimmen wird das Geschäft abgelehnt und geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat. Dieser hat sich noch in der dritten Sessionswoche wieder grossmehrheitlich für das ganze Rüstungsprogramm ausgesprochen. Und damit kommt es in der Wintersession zur eigentlichen „Entscheidungsschlacht“ im Nationalrat. Lehnt dieser wiederum ab, ist das Geschäft definitiv erledigt und die Eidgenossenschaft hätte zum ersten Mal in ihrer Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg kein Rüstungsprogramm verabschiedet. Bis dahin wird Bundesrat Schmid versuchen, in den Reihen von SVP und SP vereinzelte ParlamentarierInnen umzustimmen, um doch noch ans Ziel zu gelangen.

Parteitaktik versus Sachpolitik

Die Rüstungsdebatte war stark durch parteipolitisches Taktieren geprägt. Nur so lässt sich erklären, dass die SVP, welche bekanntlich für eine starke Armee eintritt, sich gegen das Rüstungsprogramm stellt. Sie nimmt damit gezielt Bundesrat Schmid ins Visier, um ihn mit einer sachpolitischen Niederlage zum Rücktritt zu bewegen. Dann wäre der Weg wieder offen für die Rückkehr der SVP in den Bundesrat. Es ist zwar an und für sich müssig, im Detail über Nachfolger zu diskutieren, bevor überhaupt eine Vakanz vorliegt. Gleichwohl wurde an ihrer Fraktionssitzung vom 30. September über die entsprechende Strategie diskutiert und auch abgestimmt. Mit 29 : 27 Stimmen verweigerte eine knappe Mehrheit der SVP Fraktion einem vorgezogenen Entschluss die Zustimmung, im Falle einer Vakanz Christoph Blocher für eine Kandidatur anzufragen. Damit zeichnet sich eine wohl länger andauernde, parteiin-

terne Diskussion über die Ausrichtung in Personalfragen ab. Kommt dazu, dass bereits beim Rüstungsprogramm eine geschlossene Haltung fehlte; immerhin stimmten acht Fraktionsmitglieder der SVP für den Rüstungskredit und vier enthielten sich der Stimme.

Und damit macht die SVP nun die gleichen Erfahrungen wie die anderen grossen Parteien vor ihr. Auf Grund der geographischen und beruflichen Herkunft ihrer Mitglieder sind eben grosse Fraktionen keine homogenen Gebilde. Irgend ein Mal wird halt die absolute Parteidisziplin, vor allem dann, wenn sie vorher all zu rigide verlangt wurde, zum Stolperstein. Das schmerzt zwar die Parteileitungen, ist aber für die Demokratie als Solche durchaus gut.

Strompreise

Am 1. Oktober kam es zu einer dringlichen Debatte über die angekündigten Strompreiserhöhungen. Dabei wurde allseits bemängelt, dass sich die grossen Stromversorgungsunternehmen im Zuge der schrittweisen Liberalisierung zu wenig an die rechtlichen Vorgaben hielten. In seinem Votum übte Bundesrat Leuenberger Kritik an der neuen nationalen Netzgesellschaft „Swissgrid“.

Dazu ein paar persönliche Gedanken. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass die Schweiz für die oberste Hochspannungsebene – nicht aber für die unteren Verteilungsnetze – ein einziges, unabhängiges Netz braucht. Das ist bei allen anderen Bereichen des Service public ja auch der Fall. Kommt dazu, dass unsere Stromwirtschaft als Folge der geographischen Lage nach wie vor eine wichtige Drehscheibenfunktion in Europa einnimmt und damit auch volkswirtschaftliches Einkommen generiert. Die Gefahr besteht nun aber, dass die bisherigen Eigentümer ihr oberstes Hochspannungsnetz beim Einbringen in die Swissgride zu teuer bewerten. In der Folge würde dann der Konsument die Abschreibungen ein zweites Mal bezahlen. In der Debatte setzte ich hier als Sprecher unserer Fraktion meine Kritik an. Und weil Herr Bundesrat Moritz Leuenberger verständlicherweise nicht auf alle gestellten technischen Detailfragen eine ausführliche Antwort geben konnte, habe ich mit einer Interpellation am Schluss der Session nochmals interveniert (siehe Kasten). Die Antworten darauf werden bis zur Wintersession vorliegen.

Und davon wird dann in meinem nächsten Sessionsbericht Ende Dezember zu lesen sein.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos

Interpellation zur aktuellen Situation bei den Strompreisen

Im Nachgang zur Debatte im Nationalrat vom 1. Oktober über die Strompreiserhöhung ergeben sich folgende Fragen:

- Werden bei der Uebertragung der Netze von den Ueberlandwerken in die Swissgride Buchgewinne realisiert, welche zu einer nochmaligen Abschreibung und somit zu einer faktischen Strompreiserhöhung führen?
- Wenn ja, wie hoch sind die Buchgewinne zu beziffern und wie hoch wirken sich diese auf den Strompreis aus?
- Ist der Bundesrat bereit, der Elektrizitätskommission (ElCom) im Rahmen des Gesetzes zusätzliche Kompetenzen zu geben und ihr vorübergehend zusätzliche Stellen für die Bewältigung der Arbeit zu bewilligen?
- Subventionieren die Schweizer Stromkonsumenten mit den Uebertragungsentgelten Stromexporte ins Ausland oder das Uebertragungsnetz für den internationalen Transit durch die Schweiz?
- Wie nimmt der Bundesrat seine politische Verantwortung wahr im Zusammenhang mit der Besetzung des Präsidiums des Verwaltungsrates der Swissgrid?
- Wann hat der Bundesrat die Statuten der Swissgrid genehmigt oder wann wird er sie genehmigen?